

GZ 817.154/2-DSR/00

An das
Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7
1014 W i e n

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und das Waffengesetz 1996 geändert werden sowie ein Truppenaufenthaltsgesetz erlassen wird;
do. GZ 76.041/56-III/2/00/GR
Stellungnahme des Datenschutzrates

Der Datenschutzrat hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2000 beschlossen, zu dem im
Betreff genannten Gesetzesentwurf folgende Stellungnahme abzugeben:

Zu Art. 1 Z. 7:

Die Absätze 3, 4 und 5, die dem § 3a KMG angefügt werden sollen, scheinen aus datenschutzrechtlicher Sicht eine ausreichend bestimmte Rechtsgrundlage dazustellen.

Allerdings fällt auf, dass der - speziell auf den EU-Verhaltenskodex betreffend Waffenausfuhren abzielende - Absatz 4 neu zu § 3a KMG die Meldung abgelehnter Exportanträge als zwingende Verpflichtung für den BMI an die anderen EU-Mitgliedstaaten statuiert. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der EU-Verhaltenskodex selbst keine völkerrechtliche Verpflichtung schafft, sondern nur soft law darstellt, erscheint diese innerstaatliche Regelung überschießend. Eine bloße gesetzliche Ermächtigung erscheint ausreichend.

25. Oktober 2000
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
HALLER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

GZ 817.154/2-DSR/00

An das
Präsidium des
Nationalrates
Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 W i e n

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Ein- . Aus- und
Durchfuhr von Kriegsmaterial und das Waffengesetz 1996 geändert werden
sowie ein Truppenaufenthaltsgesetz erlassen wird;
Stellungnahme des Datenschutzrates

Es werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Datenschutzrates zum im Betreff
genannten Gesetzesentwurf übermittelt.

Anlage

25. Oktober 2000
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
HALLER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: